

Bezugspreis:

Wochenschrift 30.- M., monatlich 10.- M. ...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenspreis: Die achtgrößte Anzeigensfläche ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 5. April 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Hardings europäische Politik.

Paris, 5. April. (W.D.) Die Agence Havas meldet unter dem 3. April aus Washington: Alles scheint darauf hinzuweisen, daß die Beteiligung der Vereinigten Staaten bei der Regelung der internationalen Lage den Hinweis entsprechen wird, die in den letzten Tagen mehrfach veröffentlicht wurden: einerseits entschiedene Gegnerschaft und mehr noch in politischen Kreisen als in der öffentlichen Meinung, gegen alles, was die äußere Politik der Vereinigten Staaten an die Politik der Verbandsregierungen im allgemeinen und besonders hinsichtlich des Völkerbundes fesseln würde; ...

Sonderfrieden mit Deutschland.

Paris, 5. April. Nach „Chicago Tribune“ erklärte Stephane Bauzanne, daß der französische Sondergesandte Violani die Hoffnung entgegenbringt, die Vereinigten Staaten zur Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles und zum Beitritt zum Völkerbund zu bewegen. Violani scheint überzeugt zu sein, daß die Regierung Harding den Frieden mit Deutschland auf dem Wege der Resolution Knox herzustellen beabsichtigt.

Paris, 5. April. (W.D.) Der Senator Knox erklärte dem in Begleitung Violanis befindlichen Chefdeputierten des „Main“, Stephane Bauzanne: Frankreich, England, Italien und Japan, sowie ganz Europa leben mit Deutschland im Frieden. Amerika allein befindet sich noch im Kriegszustand. Dieser müsse aufhören, er könne aber nicht für Amerika durch die Annahme des Versailleser Friedensvertrages beendet werden, denn dieser Vertrag enthalte die Völkerbundsakte, die kein Senat und keine amerikanische Regierung annehmen wird. Der Versailleser Vertrag enthält Bestimmungen über die Grenzen in Mitteleuropa, mit denen Amerika nichts zu tun hat, er enthält Bestimmungen über den ferneren Osten, die Amerika nicht ratifizieren kann. Es gäbe daher nur ein Mittel den Frieden herzustellen, nämlich mit Deutschland direkt zu verhandeln. ...

Die W.D. ergänzend mitteilt, versprochen Senator Knox dem Vertreter des „Main“ Bauzanne im weiteren Verlauf des Gesprächs, ihm die Zusatzklausel zu seiner Resolution mit der Begründung nach heute mitzuteilen. Diese Begründung sei in energischem Tone gehalten, und Stephane Bauzanne glaube sagen zu können, Senator Knox habe jedenfalls an Frankreich gedacht, als er sie geschrieben habe, denn sie enthalte eine feierliche Garantie für die Zukunft. Auf die Frage, worum die Resolution nichts über die

Keine Stilllegung der städtischen Werke.

Am heutigen Vormittag fand im Rathaus nachmittags eine vom Oberbürgermeister Böß veranstaltete gemeinsame Besprechung statt, an welcher außer den Vertrauensleuten der städtischen Betriebe die Vertreter der in Betracht kommenden Organisationsfraktionen teilnahmen. Oberbürgermeister Böß verwies darauf, daß der Magistrat es für unmöglich halte, wenn am morgigen Beerdigungstage der Betrieb der städtischen Werke und der Straßenbahn eingestellt würde. Einem großen Teil der Teilnehmer würde durch das Fehlen der Förderungsanstalten und des elektrischen Stromes die Möglichkeit genommen, ihr Brot zu verdienen. Auch der Magistrat erblicke in einem solchen Streik eine schwere Erschütterung der Beziehungen mit der Arbeiterschaft. Um die Elektrizitätsarbeiter in weitestem Umfang an der Beerdigung ihres Kollegen teilnehmen zu lassen, sei ihnen eine Beteiligung bis 75 Proz. zugestanden. ...

Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion appellierten an die in Betracht kommenden Arbeiter und Angestellten, von dem beabsichtigten Schritt abzusehen, da sie die Verant-

Reparationspflicht enthalte, erklärte Knox, der amerikanische Senat habe die Absicht, die Gegenwart zu regeln; er könne nur die großen politischen Linien der Zukunft festlegen. Auf die Frage, ob er die Mitwirkung von Harding über die moralische und materielle Verantwortlichkeit Deutschlands billige, habe der Senator geantwortet: Vollkommen. Die Resolution Knox werde in den Senat gelangen. Die Debatte werde lang und heftig sein. Die öffentliche Meinung in Frankreich würde Unrecht haben, wenn sie auf ihre Zurückweisung rechne.

Violanis Mission.

Paris, 5. April. (W.D.) Nach Meldungen, die dem „New York Herald“ aus Washington zugehen, wird die Resolution des Senators Knox über einen Sonderfrieden mit Deutschland erst nach der Erledigung des Vertrages mit Columbien zur Beratung kommen. Die Meldungen des Blattes lassen klar erkennen, daß Violani alle Anstrengungen gemacht hat, um die Nichtannahme der Resolution durchzusetzen. Es hätten dann zwischen Violani und Knox Besprechungen wegen der Form der Resolution stattgefunden. Violani sei dann mit der Resolution in der neuen Form einverstanden gewesen. Die „Chicago Tribune“ bestätigt diese Auffassung und fügt hinzu, daß Frankreich auch an der Zurückbehaltung der amerikanischen Truppen im Rheinland interessiert sei. Violani habe sich bemüht, in diesem Sinne Zugeständnisse zu erlangen. Dies scheint ihm auch gelungen zu sein, denn nach den jüngsten Meldungen aus Washington soll die Zahl der amerikanischen Truppen am Rhein nicht vor dem 1. Juli vermindert werden.

Amerikas Schadenersatzforderungen.

APB. meldet: Die Gesamtsumme der angemeldeten amerikanischen Schadenersatzforderungen gegen Deutschland aus Kriegsschäden wird nach dem amtlichen Bericht, der dem nordamerikanischen Senat vorliegt, auf 180 999 234 Dollar geschätzt. Diese Forderungen sind allerdings auf 41 133 231 Dollar beschnitten worden. An Erfahrungsprüfungen, die durch die U.S. Post-Kriegsführung verurteilt sind, einschließlich solcher für Schäden an Schiffen und Ladung, an Leben und Gesundheit, an Gepäck sind mit 110 254 058 Dollar angemeldet, die auf einen Betrag von 23 321 243 Dollar limitiert worden sind.

Militärische Requisition und Schäden an amerikanischem Eigentum in den von Deutschland besetzten Gebieten ergeben eine Rechnung in Höhe von 10 271 449 Dollar an unbeweglichem Eigentum, 29 267 147 Dollar als Schulden Deutscher, 67 183 750 Dollar an Wertpapieren, 30 951 549 Dollar an Depositionsgeldern und 3 563 079 Dollar an Erbschaften. Allen amerikanischen Bürgern ist nach dem Bericht ihr immobilisiertes Eigentum in Deutschland zurückerstattet worden und im gewissen Umfang auch das persönliche Eigentum, nicht hingegen sind Kredite, Barguthaben und Depositionen zurückbezahlt worden, weil zur Regelung solcher Fragen es in einem Staate, der nicht im Völkerbund vertreten ist, an dem Institut eines Clearing-Hauses fehlt.

An amerikanischem Eigentum in Deutschland wurden durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen: 10 271 449 Dollar an unbeweglichem Eigentum, 29 267 147 Dollar als Schulden Deutscher, 67 183 750 Dollar an Wertpapieren, 30 951 549 Dollar an Depositionsgeldern und 3 563 079 Dollar an Erbschaften.

Allen amerikanischen Bürgern ist nach dem Bericht ihr immobilisiertes Eigentum in Deutschland zurückerstattet worden und im gewissen Umfang auch das persönliche Eigentum, nicht hingegen sind Kredite, Barguthaben und Depositionen zurückbezahlt worden, weil zur Regelung solcher Fragen es in einem Staate, der nicht im Völkerbund vertreten ist, an dem Institut eines Clearing-Hauses fehlt.

wortung für die daraus entstehenden Folgen ablehnen müßten. Die für die Aufrechterhaltung des Verkehrs- und Wirtschaftslebens notwendigen Betriebe dürften unter keinen Umständen eigenmächtig und schwer schädigend auf alle übrigen Berufszweige einwirken.

Sollte der Magistrat durch jene Aktion zu besonderen Maßnahmen gedrängt werden, so stehe die sozialdemokratische Fraktion voll und ganz hinter ihm.

Der Vertreter der Unabhängigen erklärte sich mit der von den Kommunisten geplanten Aktion völlig einverstanden. Er versetzte sich sogar zu der Auffassung, daß durch dieses Einverständnis die Stilllegung des Wirtschaftslebens in weiteren Kreisen morgen nicht allzu sehr empfunden werden würde.

Der Vertreter der Gewerkschaftskommission erklärte, daß diese Körperschaft nicht daran gedacht habe, aus Anlaß der Beerdigung eine Aktion einzuleiten; er empfehle, den Vorschlag des Magistrats anzunehmen.

Die Objekte der städtischen Gaswerke lehnten in ihrer entscheidenden Abstimmung ein Eintreten in den Demonstrationsstreik am Mittwoch ab.

Wie uns bei Redaktionsschluss mitgeteilt wird, hat sich der Vertreter der städtischen Werke dem Vorgehen des Magistrats angeschlossen.

Gemeinsame Aktion?

In der Kundgebung, die wir heute morgen veröffentlichten, bedauert die Berliner Gewerkschaftskommission, daß eine gemeinsame Protestkundgebung der politischen Parteien in Verbindung mit den Gewerkschaften nicht zustande gekommen ist. Die „Freiheit“ nimmt diese Tatsache zum Anlaß, um unsere Partei heftig anzugreifen. Sie behauptet, wir wollten keine Einigungsaktion und setzten an die Stelle einer einheitlichen Klassenpolitik eine von engstem Fraktionsinteresse erfüllte Parteipolitik.

Der Einigungsdrang der Unabhängigen ist ja ziemlich jungen Datums. Wir erinnern uns noch recht deutlich der Zeiten — sie reichen bis zum Hallenser Parteitag der U.S.P. — wo in jeder Berliner Unabhängigenversammlung ein zur Einigung mahnender Redner niedergebrellt, wenn nicht mit Bierseiden beworfen wurde. Die alle Reigen einer guten Idee zeichnen sich die Unabhängigen jetzt durch starken Ueberschwang aus. Weil sie erst seit heute gelernt haben, daß das Heil der Arbeiterklasse in der Einigkeit und nicht in der Spaltung liegt, glauben sie uns, die wir diesen Gedanken seit undenklicher Zeit vertreten, im neu erwachten Glaubensdrang der Laskheit und Lautheit zeihen zu können. Wo übrigens — dies sei nur ganz nebenbei gefragt — war der unabhängige Wille zur gemeinsamen Aktion in Amsterdam?

In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß wir uns durch eine fünfjährige Praxis mit U.S.P., A.P.D., K.A.P.D., K.V.P.D. usw. überzeugt haben, daß durch äußere Einigkeits-Kundgebungen die sehr reale Tatsache der inneren Uneinigkeit nicht überwunden wird, daß die Einigung der Arbeiterklasse sich nur vollziehen kann, wenn diese nach Scheitern sämtlicher Versuche auf den prinzipiellen und taktischen Boden der alten Sozialdemokratie sich zurückfindet.

Natürlich sind bis dahin unter gewissen Voraussetzungen gemeinschaftliche Aktionen zu bestimmten Zwecken denkbar und möglich. Diese Voraussetzungen bestehen darin, daß sämtliche bei der Aktion beteiligten Richtungen auch wirklich dasselbe Ziel im Auge haben. Ob das der Fall ist, muß in jedem Einzelfall geprüft werden.

Und da erklären wir ganz offen, daß uns die K.A.P.D. nach ihrer jetzigen Geistesverfassung zur Beteiligung an gemeinschaftlichen Aktionen gänzlich ungeeignet erscheint, da sie stets etwas anderes will als die übrigen Parteien und selbst feierliche Versprechungen, sich im vorbestimmten Rahmen der Aktion zu halten, einfach nicht innehält. Wir erinnern nur an den Flensburger Fall im vorigen Jahr, den die „Freiheit“ um kein Haar anders beurteilt hat als wir. Es handelte sich damals um eine ganz ähnliche Protestaktion wie im Falle Sülz. Auch in Flensburg war ein inhabierter Kommunist angeblich auf der Flucht von der Polizei erschossen worden. Die verabredete gemeinschaftliche Protestaktion der Parteien wurde von der K.A.P.D. gegen alle Abrede zu einer Sonderaktion benutzt. Kommunistische Heizer führten einen Teil der Demonstranten vor die Kaserne der Schutzpolizei und provozierten dort einen blutigen Zusammenstoß.

Wer will dafür garantieren, daß in Berlin die K.A.P.D. und gar K.V.P.D. eine gemeinsame Aktion nicht zu ganz ähnlichen Sonderzwecken benutzen, zumal für die Kommunisten der Gedanke sehr nahe liegt, das erlöschende Feuer ihres Butsches von neuem aufzublühen zu lassen? Dazu die Hand zu bieten, haben wir nicht die geringste Ursache, und auch die „Freiheit“ sollte sie nicht haben. Die „Freiheit“ hat den kommunistischen Butsch am ersten Tage durchaus richtig als „Arbeit für die Reaktion“ bezeichnet. Will sie nun eine Kundgebung gegen die Reaktion inszenieren, die sich höchstwahrscheinlich unter dem Einfluß der Kommunisten praktisch wieder zur Arbeit für die Reaktion gestalten würde?!

Wir sind mit den Unabhängigen in zwei Voraussetzungen durchaus einig: Erstens, daß die kommunistische Butschaktion der Reaktion nur Wasser auf die Mühlen liefert, und zweitens, daß ein Erstarken der Reaktion infolge der kommunistischen Wahnsinnsstreichs mit allen Kräften verhindert werden muß. Aber aus diesen beiden Voraussetzungen ziehen wir die allein mögliche Schlussfolgerung, daß eine wirkliche Bekämpfung der Reaktion nur möglich ist, wenn man sich durchaus von den engeren hält, die der Gegenrevolution stets von neuem den willkommensten Agitationsstoff liefern.

Eben erst hat sich gezeigt, daß die K.A.P.D. vollkommen unbelehrbar ist. In ihrem letzten Aufruf erklärt sie in der unzweideutigen Weise, daß der jetzige Kampf nur abgebrochen wird, „jedoch die gesamte Situation schreie nach neuem Kampf“. Wir gehen nicht mit den Leuten zusammen, die danach lehren, den eben mißlungenen Wahnsinn von neuem ausleben zu lassen, und erst recht werden wir uns hüten, ihnen dazu noch eine Gelegenheit zu geben, um die vernünftigen und besonnenen Arbeiter, wie sie es

wünschen, mit in das Verderben verstricken zu können.

Und dann noch eins: gemeinsame Aktionen müssen auch psychologisch irgendwie vorbereitet sein. Erwachsene Menschen sind schließlich keine sechsjährigen Schulkinder, die nach einem Streit Händchen geben, womit alles wieder gut ist. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben es noch nicht vergessen, daß sie eben erst in der „Roten Fahne“ — nicht etwa nur einzelne, sondern in ihrer Gesamtheit — als „Mistvolk“ und „Lumpenhunde“, als „Hundeseelen, die sich prügeln lassen“, und das nicht nur einmal, sondern unzählige Male bezeichnet worden sind. Wir tauschten nicht zwischen „Mistvolk“ und „Lumpenhund“ den Bruderschmerz.

Auch jetzt noch, nach dem Putz, tobt dieselbe „Rote Fahne“ über die verräterische, feige sozialistische Führerschaft“ und damit sind — der „Freiheit“ zur Beachtung! — Unabhängige wie Sozialdemokraten gemeint. Auch jetzt noch fabelt die „Rote Fahne“ von der „verbündeten Gegenrevolution von Westarp bis Hilferding, an anderer Stelle von der „Einheitsfront von Stinnes und Hilferding“. Wir können uns nicht in die Seele der Unabhängigen hineinwerfen, die unter solcher Begleitmusik gemeinschaftliche Aktionen mit der KPD empfehlen.

Die Unabhängigen wollen jetzt auf eigene Faust demonstrieren gegen den Schießertag, die Ausnahmegerichte, die Fortdauer des Ausnahmezustandes in Mitteldeutschland usw. Sehr schön, aber wollten sie das wirklich zunächst Schulter an Schulter mit denselben Leuten tun, deren Zentralorgan schrieb, als die „Freiheit“ eine Intervention der Unabhängigen ankündigte:

Wir spucken auf eine Intervention der Schurken, die selbst den weißen Schrecken der Bourgeoisie entsetzt haben, die selbst für die Bourgeoisie das Henterswert ausüben.

Das ging, wohl gemerkt, gegen die Unabhängigen, nicht gegen uns! Wir können aus alledem nur ersehen, daß irgendeine innere Einigungsbereitschaft bei den Kommunisten nicht vorhanden ist, daß sie im Gegenteil den Kampf gegen die sozialistischen Parteien mit einer Gehässigkeit führen, die sich nicht überbieten läßt. Wenn die KPD, trotzdem gemeinschaftliche Aktionen wünscht, so ist das gerissene Taktik, um auf dem Wege über solche Aktionen die Arbeitermassen hinterlistig in den kommunistischen Wahnsinn hineinzureißen, noch ehe den Verführten klar wird, wohin sie geführt werden. Wir fallen auf diese Taktik nicht herein.

Aus der Reichstagsfraktion.

Genosse Dr. Max Frank-Dortmund, der infolge der Nachtragswahlen vom 20. Februar auf der Reichsliste zum Reichstagsabgeordneten aufrückte, hat dem Parteivorstand mitgeteilt, daß er wegen Geschäftsüberlastung sein Mandat wieder niederlege. An seine Stelle tritt Genosse Prof. Dr. Grotjahn.

Rätselraten.

Wie bei jeder Regierungskrise, so finden sich auch jetzt anlässlich der schwierigen Regierungsbildung in Preußen Korrespondenzen, Nachrichtenbüros und Mitarbeiter einzelner Blätter, die von „bestimmter zuverlässiger Seite“ den genauen Plan der künftigen Regierung anzugeben wissen. Daß die Lösung in jedem Einzelfall verschieden ausfällt, bemerkt ja nur der Leser, der verschiedene Zeitungen zu Rate zieht. In Wirklichkeit sind die Lösungen meist nichts als Vorschläge, die von einer interessierten Seite ausgehen und in die Öffentlichkeit lanciert werden, um auf diese Weise dafür Stimmung zu machen.

In Wirklichkeit ist eine Lösung der Regierungskrise bis zur Stunde nicht erfolgt, sie kann auch um so wen-

Glauben Sie an Träume?

Glauben Sie an Träume? — Ich habe nie daran geglaubt, denn ich bin notorisch einer der wenigst abergläubigen Menschen Europas im zwanzigsten Jahrhundert. Ich habe mich nie gewiegert, zu dreizehn am Tisch zu sitzen, nie gefürchtet, ein Bein zu brechen, wenn ich am Freitag eine Reise begann. Ja, als mein ältestes Kind geboren wurde und die Wartezeit Zucker in sein erstes Händchen streute, damit das Kind einen „süßen“ Charakter bekomme, da habe ich nie gemeint, daß sein „süßer“ Charakter, den es wirklich bekam, vom Zucker herrühre. Ich war mir ganz klar darüber, daß es den süßen Charakter von mir geerbt hatte. Mein Mann freilich behauptete, das Kind verdanke ihm den süßen Charakter.

Doch nun die Träume! — Ich habe an Ihre prophetische Bedeutung wirklich nie geglaubt, obwohl eine meiner Freundinnen ein Buch hat, in dem ganz genau zu lesen steht, was es bedeutet, wenn man von Hunden, und wenn man von Hühnern träumt, wenn man im Traum einen fahrenden Eisenbahnzug oder einen ausgetrockneten Brunnen, einen verbogenen Löffel oder einen hohen Baum sieht, wenn man klagt, oder wenn man hinkt. Ja sogar, was es bedeutet, wenn einem im Traum die Hoare ausfallen, steht darin.

Und doch habe ich nicht an Träume geglaubt... bis zum letzten Osterfest, und das kam so:

Wir waren nachmittags im Zoo gewesen, hatten am Abend wunderschön rotgefärbte Ostereier gegessen und danach zusammengesessen und von den kommunistischen Unruhen und den Gefahren der Reaktion gesprochen. Einer von uns hatte den Knall gehört, als die Charlottenburger Anstalt in die Luft flog — und dann gingen wir zu Bett — und ich träumte.

Ich stand in einem großen Garten, in dem unendlich viel Beete kein säuberlich abgegrenzt waren. Es blühten noch keine Blumen in den Beeten, doch viele junge Triebe haben grüne Spitzen über dem Boden. Da drängten sich plötzlich diese rosa, täppische graue Kolben aus dem Lande. Sie verdrängten die jungen grünen Sprossen und schossen mit unheimlicher Geschwindigkeit mannhoch empor. Rechts und links reisten sie ungefüge, zackige, stachelige Blätter, so wie ein abenteuerlicher Kaktus. Und aus der Spitze jeder der abschüssigen Pflanzen hob sich statt der Knospe ein ungeheuer großes rotes Osterei mit der Aufschrift:

„Bist du kommunistisch?“

Ich war aufs höchste erschreckt darüber, daß die kommunistische Propaganda schon zu den Pflanzen gedrungen sei, und ich überlegte mir gerade, ob der Gärtner mit russischem Gelde besodet werde, als plötzlich die Rieseneier unter lautem Knallen und Knattern entzwei-sprangen und aus jedem Ei ein junges Krotobil schlüpfte.

ger erfolgt sein, als die Fraktionen der maßgebenden Parteien erst im Laufe des heutigen Nachmittags und des morgigen Tages zusammentreten.

Der Stimmungsumschwung.

Aus Mansfeld geht uns folgender interessanter Bericht zu, der ein bezeichnendes Bild auf die Stimmung der Arbeiterschaft wirft: Die Niederlage der Kommunisten im Mansfelder Seekreis kann als vollständig bezeichnet werden. Überall wendet sich die Arbeiterschaft in Scharen von den kommunistischen Drahtziehern ab, weil das ganze Treiben der Kommunisten aus dem Blödesten aufs deutlichste zeigt, daß es sich hier nicht um eine kluge, zielklar angelegte politische Aktion, sondern nur um ein organisiertes Räuberunternehmen handelte. Überall zeigt sich eine tiefe Empörung und Abscheu über das Verhalten der sogenannten Kommunisten. In Scharen verläßt die Arbeiterschaft die kommunistische Partei; im Gegenzug dazu kann ein erfreuliches Anwachsen der Sozialdemokratischen Partei verzeichnet werden. So traten in Helbra, einem größeren Ort zwischen Mansfeld und Eisleben, allein in der letzten Woche 30 neue Mitglieder unserer Parteiorganisation bei, trotzdem unsere Parteigenossen eine besondere Agitation für die Partei nicht entfalten konnten. Am Sonntag, den 3. April, fand hier eine große Versammlung statt, die außerordentlich stark besucht war. Die Genossen Harnack und Buschik, Berlin, referierten über die Vorgänge in Mitteldeutschland. Von beiden wurde an dem Verhalten der kommunistischen Parteien und besonders ihrer Führer scharfe Kritik geübt. Bezeichnend war es, daß gerade bei den Stellen der Reden, die das Verhalten der kommunistischen Führer aufs schärfste verurteilten, der lebhafteste Beifall ausbrach. Zum Schluß gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme, die die Stimmung des größten Teils der Bevölkerung in Mitteldeutschland in recht klarer Weise zum Ausdruck bringt:

Die heute in Helbra tagende Versammlung verurteilt auf das schärfste die kommunistische Irreführung der Massen und spricht ihre tiefste Entrüstung aus über das verbrecherische Gesindel, das durch Rauben, Mord und Morden das größte Elend über die Arbeiterschaft gebracht hat. Sie weist ferner jede Gemeinschaft mit den kommunistischen Parteien entschieden von sich, nachdem diese offen dazu aufgefordert haben, vor allem die Funktionäre der SPD, USPD, und der Gewerkschaften totzuschlagen. Sie haben damit in roher Weise den Haß gegen die eigenen Arbeitsgenossen gepredigt.

Die Versammlung erklärte am Schluß der Resolution, in Zukunft nur den Anweisungen der freien Gewerkschaften und den Betriebsräten, welche die Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes anerkennen, Folge zu leisten.

Die Verhaftungen in Mitteldeutschland. In Mitteldeutschland sind bis jetzt 3642 Personen unter der Beschuldigung verhaftet worden, an dem Aufstand teilgenommen zu haben. Der größte Teil der Gefangenen befindet sich im Leuna-Werk.

Revision im Hüller-Prozess.

Der Prozeß gegen den Oberleutnant der Reserve Hüller, der, wie erinnerlich, lediglich mit der Beurteilung des Angeklagten zu sechs Monaten Festungshaft endigte, ist immer noch nicht endgültig erledigt, sondern wird nunmehr zum sechstenmal das Verdict beschlagen. Von der Staatsanwaltschaft ist gegen das Urteil des Außerordentlichen Schwurgerichts Revision angemeldet worden. Ebenso hat der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Georg Hirschfeld, Revision gegen das Urteil eingelegt.

Die Breslauer Frühjahrsmesse.

Breslau, 5. April. (M.B.) Die Breslauer Frühjahrsmesse wurde heute abend durch ein geistliches Beisammensein eröffnet. Anwesend waren u. a. der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien, Zimmer, der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien, Bitta, Reichstagspräsident Lobe, Oberbürgermeister Dr. Wagner, Bürgermeister Dr. Trentin, der Präsident der Handelskammer, Dr. Grund und eine Anzahl schlesischer Reichs- und Land-

tagsabgeordneter. Stadtrat Beß begrüßte die Erschienenen und gab einen Rückblick auf die Entwicklung der Breslauer Messe und ihren jetzigen Stand. 1500 Aussteller konnten untergebracht werden, 700 mußten zurückgewiesen werden, da kein Raum mehr vorhanden war. An diese Begrüßungsrede schlossen sich einige Ansprachen der Oberpräsidenten, des Reichstagspräsidenten Lobe und der Stadtvertreter.

Die Ausfuhrabgaben.

London, 5. April. (M.B.) Im Unterhause wurde von seiten der Regierung erklärt, für den Augenblick seien die Ausfuhrabgaben, die in dem besetzten Gebiet erhoben werden sollen, dieselben wie für das übrige Deutschland. Die Frage der Zollabgaben werde gemeinsam mit den alliierten Mächten geregelt. Auf eine Anfrage, ob die alliierten Mächte eine der vom englischen Unterhause angenommenen „deutschen Reparationsbill“ ähnliche Gesetzgebung eingebracht hätten, erwiderte Lloyd George, die belgische Regierung tue Schritte, um eine solche Gesetzgebung vorzubereiten, und die italienische, portugiesische, griechische und spanische Regierung hätten ihre Absicht zum Ausdruck gebracht, ähnliche Gesetze einzuführen. — Lloyd George erklärte auf Befragen, trotz der Annahme der deutschen Reparationsbill habe die Regierung noch nie vor die Absicht, mit der Antidumpingbill fortzufahren.

Karls Abreise.

Wien, 5. April. (M.B.) Der Ertkönig Karl hat entgegen der bisher getroffenen Reisedispositionen Steinamanger auch gestern abend noch nicht verlassen. Es verlautet jetzt, daß die in Wien befindlichen Entente-Kommissionen einen hohen Würdenträger direkt zu dem Ertkönig entsenden werden, der ihm unmittelbar die Aufforderung der Entente zu seiner Rückreise mitteilen wird. Man hofft, daß es auf diese Weise gelingen wird, dem Ertkönig klar zu machen, daß er sich keine weiteren Hoffnungen machen könne. Nach einer Mitteilung aus wohltunend richtiger diplomatischer Quelle wird die Blockade der Tschechoslowakei gegen Ungarn heute einsehen. Die gesamte Einfuhr aus der Tschechoslowakei nach Ungarn wird gesperrt. Eine ähnliche Maßnahme wird auch von südlawischer Seite ergriffen werden, nachdem der Belgrader Kronrat einen dahingehenden Vorschlag des Ministerpräsidenten gebilligt hat. In Budapest wird die heutige Sitzung der Nationalversammlung mit größter Spannung erwartet, da man glaubt, daß die Partei der kleinen Landwirte bei dieser Gelegenheit den Sturmangriff auf die Regierung unternehmen wird, der in der Sitzung vom 1. April aus taktischen Gründen unterblieben war.

Budapest, 5. April. (M.B.) Das ungarische Korrespondenz-Bureau meldet aus Steinamanger: Der ehemalige König Karl wird am Dienstag um 1/2 10 Uhr vormittag nach der Schweiz abreisen. Die Temperatur des Ertkönigs ist auf 37,8 Grad gefallen. Der aus drei Salonwagen bestehende Hofzug ist aus Budapest bereits in Steinamanger eingetroffen.

Lausanne, 5. April. (M.B.) Bei der Untersuchung, die der waadtländische Postinspektor in Begleitung eines Polizeiwachtmeisters in der Villa des Ertkaisers Karl in Prangins vornahm, erklärte die Ertkaiserin Jita, Ertkaiser Karl sei am Donnerstag, den 24. März, morgens von Prangins abgereist. Sie habe die Vorbereitungen für die Reise getroffen und von dem Vorhaben ihres Gemahls allein Kenntnis gehabt.

Rückzug der Griechen.

Paris, 5. April. (M.B.) Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel bestätigt sich der allgemeine Rückzug der griechischen Armee auf die Linie von Brussa. Die Türken verfolgten energisch.

London, 5. April. (M.B.) „Evening News“ melden aus Konstantinopel: Die Türken geben bekannt, daß Prinz Andreas, der Bruder des Königs Konstantin, an den bei Brussa erlittenen Verwundungen gestorben sei. General Blahopouros sei gefallen.

Preise gekrönt worden. Ein eigenes Markenbild werden Postkarten und Kartendrucke zeigen. Hierfür hat der Reichsunstwart einen von Walter Schnarrenberger-München geschaffenen Entwurf ausführen lassen: in einer bogigen Umrahmung, in einer Landschaft, über der die Sonne steht, ein kleiner Postillon des Weges trabend, das Horn am Munde, im Stile etwa eines alten Bilderbogens.

Was wird aus der Bevölkerung der Erde? Nach Abzug aller Kriegesopfer ist die gegenwärtige Bevölkerung der Erde auf 1,65 Milliarden Menschen zu schätzen. Würde die Ackerbaufläche der Erde intensiver ausgenutzt, wären die Verhältnisse nicht gehemmt und durch politische Eifersüchteleien gehindert, so würden Lebensmittel und Rohstoffe für die Ernährung und Bekleidung einer Bevölkerung von 6 Milliarden Köpfen ausreichen, d. h. einer Bevölkerung, die viermal so groß ist wie die gegenwärtige. Nach der Berechnung der Statistik wird auf Grund des fortwährenden Zuwachses im Jahre 2100 die Erde 6 Milliarden Einwohner zählen, womit das Maximum der Erhaltungsmöglichkeit erreicht wäre. Unseren Urenten bleibt also die Sorge vorbehalten, wie die Erde den Uberschuß ernähren soll. Dabei gibt es immer noch Menschen, denen es auf der Erde so gut gefällt, daß sie sich nicht von ihr zu trennen entschließen können. In dieser Beziehung marschieren die Letzten an der Spitze, die die größte Zahl von Hundertjährigen aufzuweisen haben. Ja, sie rühmen sich sogar eines Greises, der über 120 Jahre alt sein soll. Den nächsten Platz mit Bezug auf die Langlebigkeit der Bewohner nehmen die Holländer ein, die dank der günstigen klimatischen Verhältnisse mit einer unverhältnismäßig großen Zahl von hochbetagten Leuten aufwarten können.

Woher kommt der Erdgeruch? Der feuchtwarme, herbe Geruch, der aus den braunen Ackerböden strömt und der dem Städter trotz seiner Säuerlichkeit würzig in die Nase steigt als ein Gruß der fruchtbaren Mutter Erde, ist in seiner Art so einzig, daß er mit nichts anderem verglichen werden kann. Er ist nie stärker, als wenn die warm gewordenen Felder ein fruchtbarer Regen erweicht hat, und man hat ihn mit dem Geruch frisch gefallenen Laubes, von Schafwolle, Regenwasser, Kalkbrennereien usw. verglichen, ohne ihn doch damit völlig richtig zu bezeichnen. Früher nahm man an, daß dieser Erdgeruch von den Substanzen herkomme, die im Boden langsam verweilen. Man glaubte, daß gewisse Verbindungen, die in Verbindung mit der mineralischen Ackererde entstehen, durch Umpflügen des Bodens emporgebracht werden und zu riechen beginnen, wenn sie sich im Dunkel der feuchten Luft verflüchtigen. Neuere Untersuchungen, über die in der „Schweizerischen Chemiker-Zeitung“ berichtet wurde, beweisen aber, daß diese Annahmen falsch sind. Weder der Boden noch in ihm verfallende Substanzen organischer Herkunft bringen den Erdgeruch hervor, sondern er wird durch gewisse Bodenpilze erzeugt, von allerfeinsten Lebewesen aus der Gruppe der Fadenbakterien, und zwar sind es zwei ganz bestimmte Arten, die hauptsächlich den Erdgeruch entstehen lassen. Der sichere Beweis für diese Tatsache wurde erbracht, indem es gelang, diese Bakterien auf dem Erdboden zu isolieren und im Laboratorium auf verschiedenen artigen, vom Erdboden völlig verschiedenen Nährböden zu züchten. Die Bakterien bauten sowohl Erdbrei wie Meißer, Fleischbrühe wie Milch oder Magerin unter Entwicklung des typischen Erdgeruchs

Die Krotobile stellten sich alle in einer Reihe auf, die Schwänze mir zuwendend. Sie zogen mit dem Schwanz in geschickten Windungen Buchstaben in den Sand.

Ich trat heran zu dem Krotobil, das mir am nächsten war, und mer beschrieb mein Erstaunen, als ich deutlich die Worte entzifferte im Sande:

„Ich bin deutsch-national“

... Krot, krot, krot, krot, ho, he, ttttt, au, ooo ...
Es wedte mich ein lautes Poltern und Rärmen und schreiende Stimmen über mir. Im obern Stock wohnt nämlich ein Ehepaar, das sich zu zanken pflegt, wenn andere Leute schlafen. Die beiden machen dabei ebensoviel Lärm wie die zerplatzenden Ostereier in meinem Traumgarten.

... Krot, krot, krot, krot, ho, he, ttttt, au, ooo ...
So war mein Ostertraum zu Ende, und gestern habe ich ihn meiner Freundin erzählt, der, die das Traumbuch hat. Da sagte sie: „Was! Du willst nicht an die Wahrheit der Träume glauben und träumst selbst, daß aus Kommunisteneiern deutsch-nationale Krotobile ausschlüpfen? Wenn das keine Vorbedeutung ist!“

Und plötzlich ward ich mir des tiefen Sinns meines Traumes bewußt, denn so kann man doch nicht zufällig träumen, nur weil man nachmittags im Zoo war und am Abend rote Ostereier gegessen und von der Tagespolitik gesprochen hat. Das ist unmöglich — im Traum ist Wahrheit, ich glaube es jetzt.

Und Sie, glauben Sie nun auch an Träume?

Sena.

Die neuen deutschen Marken. Die neuen deutschen Briefmarken, die demnächst zur Ausgabe kommen und die endlich auch dem Ausland gegenüber — die Nationalversammlungsmarken waren ja nur für den Inlandsverkehr bestimmt — die Germaniamarken abgelöst werden, sind sämtlich aus dem 1919 ausgegebenen Wettbewerb, dem beschränkten ebenso wie dem allgemeinen, hervorgegangen. Die Zahlenmarken für die kleinen Werte, 5 bis 30 Pf., stammen von Prof. Willig Welter-München, der dafür den ersten Preis des beschränkten Wettbewerbs erhalten hatte. Verändert ist gegen den Wettbewerbentwurf nur, daß die Bezeichnung „Deutsches Reich“ jetzt nicht mehr in schwarzer Antiqua auf weißem Grunde steht, sondern weiß in einer edigen deutschen Schrift auf dunklem Grunde. Die Marken von 40 M. zu 90 Pf. wurden nach Entwürfen eines anderen Münchener Künstlers, Paul Neu, ausgeführt, der dafür gleichfalls in dem beschränkten Wettbewerb ausgezeichnet worden war. Es sind darauf bildmäßige Darstellungen mit je drei Figuren, die auf das Arbeitsleben des deutschen Volkes Bezug nehmen: Hauer im Bergwerk, Männer in der Schmiede, auf dem Felde. Für die Markwerte von 1, 1,25, 2 und 4 M. wurde der Entwurf des Kölner Künstlers Willig Welter-München gewählt, in einer ovalen Umrahmung ein Posthorn. Dagegen zeigen die höheren Markwerte (5 und 10 M.) das schon bisher eingeführte große Breitformat. Sie stammen von Hermann Haas in München und sind rein ornamental behandelt. Gestaltet ebenso wie Haas waren bei dem allgemeinen Wettbewerb allerdings nur mit einem vierten

Wirtschaft

Neuregelung der Salzausfuhr.

Wie wir seinerzeit berichteten, war die einheitliche Regelung der Salzausfuhr durch den Austritt einer Reihe von Salz exportierenden Werken aus der Salzausfuhr G. m. b. H. in Frage gestellt. Am 31. März 1921 fand nun in Berlin unter Teilnahme von Vertretern der Reichsregierung, insbesondere des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung die Gesellschafterverammlung der Salzausfuhr G. m. b. H. statt. Die am 31. März 1921 erfolgte Kündigung einer größeren Anzahl von Erzeugern hatte eine Neuordnung der bisherigen Regelung erforderlich gemacht. Nach langen Verhandlungen wurde schließlich folgende Einigung erzielt: Die bisher der Salzausfuhr G. m. b. H. angehörenden Export-Großhändler sind aus der Gesellschaft ausgeschieden, welche nunmehr ein ausgesprochenes Erzeugersyndikat zusammen mit den bisher absetzenden Werken darstellt. Dieser Verband umfasst somit die sämtlichen an dem Ausfuhrgeschäft interessierten Salzwerte. Ihm wird die Regelung der deutschen Salzausfuhr, die Beteiligung der einzelnen Werke an dem Ausfuhrertrag, die Preisgestaltung, die Erhebung der Reichsabgabe, Beförderung der Ausfuhrbewilligungen und alle sonstigen mit dem Ausfuhrertrag zusammenhängenden Angelegenheiten obliegen.

Die bisher der Salzausfuhr G. m. b. H. angehörenden Salzhandelsfirmen haben sich ihrerseits zu einem „Handelsyndikat der deutschen Salzausfuhr G. m. b. H.“ mit dem Sitz in Berlin zusammengeschlossen, welches die Umwidlung des Ausfuhrertrages zu seinem Zweck hat. Innerhalb dieses Handelsyndikats werden auch diejenigen Erzeuger, welche ihren Ausfuhrertrag selbst, also ohne Inanspruchnahme anderer Handelsfirmen bewirken, Aufnahme finden. Ebenso ist Vorsorge getroffen, daß dem Uebersee-Exporthandel, soweit er dem Syndikat nicht als Mitglied angehört, die mittelbare Beteiligung an der Ausfuhr von Steinsalz nach überseeischen Gebieten offen bleibt.

Durch einen zwischen der Salzausfuhr G. m. b. H. und dem neugegründeten Handelsyndikat geschlossenen Vertrag sind Vereinbarungen über die Beziehungen der Werke zum Handel, der Provisionen, Lager- und Transportkosten u. a. getroffen worden. Sämtliche beschlossene Vereinbarungen haben mehrjährige Dauer.

Die Gegenstände zwischen Produzenten und Handel haben also dazu geführt, daß heute zu einem Syndikat daselbst, was früher ein Salzwerk war. Und dieses erfreuliche Ergebnis ist mit Ach und Krach erzielt worden, weil die Regierung nicht in der Lage war, die auseinanderstrebenden Kräfte ganz zusammenzuhalten. Hätte so eine „Reform“ im Schoße von Staats- oder Reichsbehörden stattgefunden, so hätte die vereinigte Presse von einer beherrschenden „Leberorganisation“ gesprochen. Wo es um die Wahrung kapitalistischer Interessen geht, ist das natürlich etwas anderes.

Hoffentlich gelangt es wenigstens auf diese Weise, die zentrale Regelung der Salzausfuhr tatsächlich aufrechtzuerhalten. Die Voraussetzungen hierfür sind insofern gegeben, als alle sozialen Aufgaben der Salzausfuhrregelung von dem Erzeugersyndikat ausschließlich erledigt werden.

Preisermäßigungen in der elektrotechnischen Industrie. Die Preisliste des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie hat die Preise für Maschinen und Transformatoren erneut um durchschnittlich ungefähr 15 Proz. herabgesetzt. Die Verkaufspreise der übrigen Fabrikate konnten in geringem Umfange ermäßigt werden. Somit sind die Preise für kleinere und mittlere Maschinen gegen den Höchststand fast um die Hälfte gesunken.

Industrieller Kapitalbedarf. Die Ansprüche der Industrie an den Kapitalmarkt sind im März d. J. gegenüber den Vormonaten stark zurückgegangen. Die von der Bankfirma Sienger, Hoffmann u. Co. Kommanditgesellschaft, Berlin-Glien, geführte Statistik ergibt folgende Ziffern:

	Stammaktien	Vorz.-Akt. m. mehrf. Stimmr.	Vorz.-Akt. mit einf. Stimmr.	Ind. Oblig.	insgesamt
Januar	908	57	190	896	1551
Februar	1329	38	300	694	2361
März	557	19	90	143	809

Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Monat Februar, der die Rekordsumme von nahezu 2400 Millionen Mark zeigte, besonders große Kapitalerhöhungen zu verzeichnen waren, u. a. diejenigen des Norddeutschen Lloyd, der AEG, und der Daimler Gesellschaft, daß ferner in dem Vormonat das Zeichnungsergebnis auf die Anleihe der Bayerischen Wasserwerke mit 500 Mill. Mark fiel. Die Anleihe der Gesellschaften, die mit Kapitalerhöhungen und Obligationen herauskamen, hat sich dagegen kaum vermindert.

ab. Der Riechstoff konnte sogar in chemisch reiner Form in einer Flüssigkeit hergestellt werden, die mit auflösendem starkem Erdgeruch verduftet, und zuletzt erhielt man sogar kleine Kristalle dieses Erdgeruchstoffes.

Humor des Auslandes. Ein fetter Bissen. Sehr bitter herr im Zirkus: „Ach möchte gern mal die Tiere sehen.“ — Wärtner: „Das geht nicht. Wenn der Löwe Sie sieht, wird er zu aufgeregt.“ (Pasquino.)

Frau des Farmers, der nachts geräuschvoll schnarcht: „Hör mal, Mann, Du würdest besser tun, den Mund zuzubalten.“ — Farmer: „Du auch!“ (Argonaut.)

Die kleine Hege. Die Mutter schalt die, weil er sein Schwesterchen Elsie geschlagen hatte. „Sie hat's verdient“, erklärte die trotzig, „denn sie hat mich betrogen.“ — „Betrogen? Wie?“ — „Wir spielten Adam und Eva, und sie sollte mich mit einem Apfel verführen. Sie hat mich aber nicht verführt, sondern ihn allein gegessen.“ (Alt-Bis.)

Lehrer: „Johanne, Dein Aufsatz ist der schlechteste in der ganzen Klasse. Ich werde es Deinem Vater mitteilen.“ — Johanne (gleichmütig): „Tun Sie 's nur. Vater hat mir den Aufsatz geschrieben.“ (Anspers.)

Der älteste Baum. Der älteste Baum der Welt soll sich auf Genoa befinden. Sein Dasein wird nämlich 22 Jahrhunderte zurückverfolgt und er gilt als ein Ableger des berühmten Bo-Baumes, unter dem Buddha selbst gesessen hat. Das Vorhandensein von tausendjährigen Bäumen wird noch aus den verschiedensten anderen Teilen der Erde berichtet, aber mit dem Alter dieses Stammes, den fromme Ueberlieferung bis zu Buddhas Zeiten zurückdatiert, kann sich keine andere Pflanze der Welt messen.

Porträte. Dr. med. Gustav Buch hält Donnerstag, 7. April, abends 7½ Uhr, im Langen-Beck-Verkaufssaal, Luisenstr. 59, einen Experimental- und Lichtbildvortrag über „Die Nüchternheit als Heilmittel.“ — Friedel Hinge wird am Mittwoch, 12. April, 7½ Uhr abends, in der Aula der Kunstschule, Holz- u. Eichenstraße, zum Vortrage der vom Verein Berliner Ledererinnen und der Sozialen Arbeitergemeinschaft Berlin-Alt unterhaltenen Vorträge und des Abendessens für Mädchen der erwerbenden Stände, Freischule 62, aus den Werken von Emma Lagerlöf und Heinrich Heine, sowie Volkshelden vortragen. Karten zu 3 und 2 M. bei Vole u. Voe und A. Seifhelm. — Dr. Viktor Engelhardt hält Mittwoch, 6. d. M., 7½ Uhr, im großen Saal der Dreptomer Sternwarte einen Lichtbildvortrag über: „Aus den Fundamenten der Wissenschaft bis zu ihrer Wiedererweckung.“ Der Schneeschußfilm wird täglich vorgeführt. Telefonische Bestellungen Montag bis 1900 oder 2105. — Im Festungsmuseum hielt Donnerstag, den 7. April, 7½ Uhr, Dr. Wenzel Goldbaum sein „Schattenspiel“, die „Leeren Hände“ und aus seinem Roman „Schlacken“.

Die Kunsthandlung Fritz Grüllt eröffnet am 7. April ihre neue Ausstellung, in der zum erstenmal das gesamte Schaffen des Bildhauers Ernesto de Fiori gezeigt wird. Wichtigste sind eine Kollektion von Gemälden, Zeichnungen und Graphiken von Otto Schöff gezeigt.

Erziehung zum kritischen Denken bei der letzten lateinischer Klasse führt eine neue Reihe der einschlägerigen Schulreformer, in der Dr. Walter Schöndrums Vorträge gegen Catilina aus Stoff einer kritisch-handelt. geschlichen Analyse benutzt. Verlag Neues Volkland, Berlin W 63. Preis 4 R.

Groß-Berlin

Der Kunstdiebstahl am Lützowplatz.

Verkauf der Beute an den Bestohlenen.

Dem Kunsthändler Weltmann am Lützowplatz 11 wurden in der Nacht vom 1. zum 2. März Kunstgegenstände im Werte von ¼ Million Mark gestohlen. Sämtliche Geschäfte, die mit solchen Kunstgegenständen handeln, wurden sofort durch die Kriminalpolizei benachrichtigt und so mußten die Diebe keinen anderen Ausweg, als daß sie — dem Bestohlenen seine eigenen Sachen zum Rückkauf anbieten. Vorher aber ließ einer von ihnen, der Kaufmann Leopold Rosenblum, ein Bild bei einem Taxator abschätzen. Dadurch wurde die Kriminalpolizei auf die Spur der Einbrecher gebracht. Die Verhaftung des R., die daraufhin erfolgte, wurde durch seine Ephegegessen beobachtet, die daraufhin dem Kunsthändler W. durch den Fernsprecher mitteilten, daß er die gestohlenen Gegenstände zurückkaufen könne, er müßte sich jedoch verpflichten, nicht die Kriminalpolizei zu benachrichtigen, sonst würden die Sachen verschwinden. W. ging zum Schein darauf ein und erhielt gegen Zahlung von 3000 M. einen Teil des gestohlenen Gutes. Den Rest beschlagnahmte alsdann die Kriminalpolizei bei der Verhaftung der Diebe. Unter den Verhafteten befindet sich der bekannte Messerstecher und Bauhausschlichter Richard Dennewitz, der im Jahre 1919 aus dem Gefängnis entflohen und sich unerkannt in Berlin aufhielt. Ferner sind festgenommen ein Schlosser Richard Schulz und dessen Frau.

Einführung des Bezirksamts 14.

Am Montag abend wurde das den Verwaltungsbezirk Neutempel-Brick-Budow umfassende Bezirksamt 14 durch den Bürgermeister Genossen Ritter eingeführt. In einer prächtigen Begrüßungsansprache würdigte der Redner die sprunghafte Entwicklung des ehemaligen Riddorf und gedachte der gemähten Aufgaben, die in jener Periode in gemeinsamer kommunaler Arbeit erledigt worden sind. Am Schluß sollte Bürgermeister Ritter dem bisherigen Neutempeler Bürgermeister Genossen Schulz für seine Tätigkeit Worte der Anerkennung, dabei dem Wünsche Ausdruck gebend, daß dessen Wirksamkeit im Verwaltungsbezirk von bestem Erfolg begleitet sein möge. Hierauf wurden die übrigen Bezirksamtsmitglieder, darunter unsere Genossen Dr. Silberstein, Brumbach, Heilmann und Schuch durch den Bürgermeister Schulz eingeführt und verpflichtet.

Wie groß dürfen Postkarten sein?

Ueber die zulässigen Abmessungen der Postkarten bestehen in Postverkäufen vielfach Zweifel. Die von der Postverwaltung ausgegebenen Postkarten haben die Größenmaße 14:9 Zentimeter, wie sie als obere Grenze in den Bestimmungen des Velpostverkehrs vorgeschrieben sind. Die nicht von der Post bezogenen Postkarten dürfen in Form und Papierstärke nicht wesentlich von den amtlich ausgegebenen abweichen und nach einem im Jahre 1919 gemachten Zustandsbericht nicht größer sein als die von der Postverwaltung ausgegebenen Postkarten, deren Abmessung auf 15,7:10,7 Zentimeter festgesetzt ist. Es gelten also als äußerste Grenze für die nicht amtlichen Postkarten im inneren deutschen Verkehr die Maße von 15,7:10,7 Zentimeter. Werden diese in der einen oder anderen Richtung überschritten, so unterliegt die Postkarte nach der Postordnung dem Brieftports und wird nach dem Postgebühreneigeh mit dem doppelten Satz zur Briefgebühr fehlenden Betrags belegt. Um solche Gebührensbelastungen und die damit verbundenen Verzögerungen zu vermeiden, ist dringend zu empfehlen, die Postkarten so herzustellen, daß sie unter allen Umständen im Rahmen der Höchstmaße von 15,7:10,7 Zentimeter bleiben. Die Verwendung kleinerer Maße als diese ist zweckmäßig, da sich bei der Herstellung der Karten Ungleichheiten aus technischen Gründen nicht immer vermeiden lassen. Nach dem Ausland dürfen nur Postkarten mit Ausmaßen von höchstens 14:9 Zentimeter verwendet werden.

Neuer Stadtbahntarif ab 1. Juni.

Der neue Stadtbahntarif ist nunmehr von den zuständigen Stellen im Reichsverkehrsministerium geprüft und in seinen Einzelheiten festgelegt worden. Die Erhöhung soll bestimmt zum 1. Juni d. J. eingeführt werden. Die zur Einführung erforderlichen Vorbereitungen sind bei der Eisenbahndirektion Berlin bereits voll im Gange. Nach den bisherigen Mitteilungen wird der Preis für eine Stadtbahnfahrt in der 3. Klasse (für die ganze Stadt- und Ringbahn) 70 Pf. betragen. Die Karte für die 2. Klasse kostet vom 1. Juni ab 1 M. Die Preise für die Monatskarten werden für die gesamte Stadt- und Ringbahn in der 3. Klasse 25, in der 2. Klasse 40 M. betragen. Die Preise für die Wochenkarten betragen allgemein ein Drittel des Preises der Monatskarten 3. Klasse, also im Stadt- und Ringbahnverkehr 8,50 M. Im Vorortverkehr werden die Mindestpreise für eine einzelne Fahrt sich mit den Preisen im Stadt- und Ringbahnverkehr decken. Ebenso sind auch die billigsten Monatskarten 25 bzw. 40 M.

Todesfahrt auf dem Trittbrett.

Die Ueberfüllung der Stadt- und Ringbahnjüge, die in den Stunden des stärksten Verkehrs so manchen Fahrgast zwingt, die Fahrt auf dem Trittbrett zu machen, hat wieder zu einem schweren Unfall geführt. Auf der Nordringstraße wurde zwischen den Bahnhöfen Wedding und Pankstraße ein auf dem Trittbrett mitfahrender Mann durch eine während der Fahrt sich öffnende Wagenür herabgeschleudert. Der Verunglückte wurde durch Streckenarbeiter schwer verletzt aufgefunden und bewußtlos nach dem Birkowkrankenhaus gebracht.

Eine naive Zumutung.

Zu sonderbaren Folgerungen kamen die Unabhängigen in der gestrigen Sitzung der Bezirksversammlung 13 (Tempelhof-Mariendorf). Im Verwaltungsbezirk 13, dessen Versammlung eine sozialistische Mehrheit von 18 gegen 16 bürgerliche und demokratische Stimmen hat, war bei der Wahl des Bezirksamts der Studentent Scheske (Dem.) mit 18 gegen 15 Stimmen gewählt worden, die auf den unabhängigen Bezirksverordneten Richter-Mariendorf fielen. Nach dem Abkommen der sozialistischen Fraktionen sollte Richter gewählt werden und im Anschluß an dies unerwartete Ergebnis entspann sich eine Auseinandersetzung zwischen Unabhängigen und unseren Genossen, in deren Verlauf von der USF-Fraktion zugegeben wurde, daß eines ihrer Mitglieder „aus Versehen“ für Scheske gestimmt habe. Die andere, die 18. Stimme für den demokratischen Scheske, könne aber nur durch „Verrat“ von einem Mitgliede der SPD-Fraktion abgegeben worden sein. Nachdem schon in der vorigen Sitzung der Bezirksversammlung eine unergiebliche Debatte hierüber stattgefunden hatte, beantragten die Unabhängigen gestern, zur Prüfung des ganzen Sachverhalts eine Kommission von 9 Mitgliedern einzusetzen, da nach den ehrenwörtlichen Erklärungen der sozialistischen und kommunalistischen Bezirksverordneten nur durch ein Verleihen des Wahlortandes die Wahlwahl des Bezirksverordneten Richter erfolgt sein kann. Die Unterzeichneten ersuchen, ausdrücklich bei der Nachprüfung festzustellen, daß die Mitglieder der USF-Fraktion vollständig für Richter gestimmt haben“ (1). In der Begründung des Antrages führte Bezirksverordneter Ritter aus, daß keine Fraktion zur Feststellung des Tatbestandes des Wahlscheiterns

gestimmt habe, sie verlange, daß dies völlig geläutert, und daß die abgegebenen Stimmzettel auf ihre Handschrift (1) hin untersucht würden, damit festgestellt werden könnte, wer noch für Scheske gestimmt habe! Der Sprecher der bürgerlichen Fraktion, Gehlmann Jung, der als Bezirksverordnetervorsitzer zugleich Vorsitzender des Wahlschusses gewesen war, machte sich über diesen naive Vorstoß gegen das Wahlscheiterns weidlich lustig. Mit den bürgerlichen und sozialdemokratischen Stimmen wurde über den Antrag zur Tagesordnung geschritten. — Zu Beginn der Sitzung beschloß sich die Bezirksversammlung in fundamenalen Erörterungen mit den Raumnöten der Volksschule in Lichterrade, die in mehreren Gebäuden untergebracht ist, während das ursprünglich nur für sie bestimmte Schulgebäude auch vom Lyzeum benutzt wird. Es wurde schließlich ein Antrag des mit der Prüfung der Angelegenheit betrauten Ausschusses angenommen, worin der Weiterbau des Schulgebäudes verlangt wird, der im besten aller Lichterrade Schulen liegt und vor allem der Gemeindefürsorge die dringendste notwendige Zusammenlegung bringt. Die Lichterrade Volksschule soll dann am 1. Oktober völlig untergebracht werden. — Der Vortragsstoff zum Haushaltsplan des 13. Verwaltungsbezirks wurde einem zehngliedrigen Ausschuss zur Beratung überwiesen.

Kreistag Osthavelland.

Wegen Festsetzung eines Nachtrags zum Haushaltsplan und wegen Beschlußfassung über eine Nachtragssubvention zur Deckung der nachträglich ausgeführten Provinzialsteuer und des Fehlbetrages bei der Kreisverwaltung für 1920 war der Kreistag zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden. In der Debatte wurde die erhebliche Uebererschreitung des Etats für das Kreiskrankenhaus beanstandet. Nach einer längeren Aussprache erklärte der Vorsitzende, er werde bei Aufstellung des neuen Haushalts dafür sorgen, daß dieser mit der größten Sorgfalt aufgestellt werde. Der Nachtrag wurde genehmigt. Die für 1920 nachträglich ausgeführte Provinzialsteuer sowie der Fehlbetrag bei der Kreisverwaltung für 1920 mit zusammen 1408 578 Mark sind durch Nachtragsumlage zu decken, und zwar sind nachzuerheben 345 Proz. von den Realsteuern. An Stelle der Grund- und Gebäudesteuer gelangen 265 Pf. von 1000 M. zur Nacherhebung. Angenommen wurde auch ein Zusatzantrag, daß der Kreisausschuss sofort eine Neuverteilung des Grundwerts im Kreise vornehmen soll, die innerhalb drei Monaten beendet sein muß.

Lehrgang für Spitzenklöppeln. Die seit einer Reihe von Jahren an der 1. Städtischen Volkshochschule für Mädchen und Frauen, Berlin SW. 61, Johanniterstr. 8, bestehenden Kurse zur Förderung der Kunst des Spitzenklöppeln erfreuen sich eines ständig wachsenden Zuspruchs. Der Unterricht bezweckt die Ausbildung junger Mädchen und Frauen im Klöppeln so weit, daß sie diese schöne Kunst als Heimarbeit oder auch als Liebhabertätigkeit verwerten können. Fortgeschrittenen Schülerinnen wird auch Gelegenheit gegeben, das Epheknähen und Musterzeichnen für Klöppeln zu erlernen. Anmeldungen für das Sommerhalbjahr, welches am Donnerstag, den 7. April beginnt, werden täglich von 8 bis 8 Uhr in der Geschäftsstelle der oben bezeichneten Schule entgegengenommen. Das Schulgeld beträgt für einen halbjährigen Kursus für Groß-Berliner 10 M. Auswärtige haben den doppelten Betrag zu zahlen. Nähere Auskunft erteilt das Bureau der Schule.

Westliche Schule in Reinickendorf. Als Ergebnis einer zum Teil sehr mühevollen Kleinarbeit wird auf Beschluß der Schuldeputation beim diesmaligen Schulanfang die konfessionslose Schule ihre Arbeit beginnen. Und zwar sind für den östlichen Ortsteil die 4. und die 6. Gemeindefürsorge, für Reinickendorf-West die 5. Schule bestimmt. Die Lage der Schulen ist so gewählt, daß alle Befürchtungen über weite Schulwege hinfällig werden. Für Eltern und Kinder ist zu beachten, daß die Kinder nach den Ferien zunächst in ihre alte Schule gehen. Dort erhalten sie Weisung, welcher Schule sie zugewiesen werden. Die Errichtung „Evangelischer Schulen ohne Religionsunterricht“, wie sie im Amtsdeutsch heißen, hat sogar den „unpolitischen“ Elternbeirat zu einem sehr politischen Flugblatt für die Schulfürsorge begeistert. Die sozialistischen Eltern müssen mit aller Kraft hinter der Beherrschung stehen, die im schweren Kampf gegen alle Vorurteile den Gemeinschaftsgelitt durch die Schule vermitteln will. Die vorläufige Leitung der neuen Schule haben übernommen: Herr Lehrer Wolff für die 6. Schule, Herr Lehrer Bethge für die 4. Schule und Herr Lehrer Busch für die 5. Schule. An diese Herren können sich die Eltern um erforderliche Auskunft wenden.

Es bleibt dabei, nämlich bei der Dreifachheit, Staats- und Reichsbehörden immer wieder noch als „königlich“ und „kaiserlich“ zu bezeichnen. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß auf den neuesten Losen der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie noch ein Stempel „Königlich Preussische General-Lotterie-Direktion“ und die eingedruckten Buchstaben „K.P.D.“ prangen. Vorgelegt wird uns auch ein Abdruck des noch im Jahre 1921, im dritten Jahre der Republik verordneten Stempels „Kön. Preuss. Kriegsministerium, Friedensverpflichtungsabteilung“. Noch toller treibt es die Reichspost, die bekanntlich immer noch nicht von allen Postgebäuden die Bezeichnung „Kaiserlich“ entfernt hat. Sie scheut sich nicht, noch jetzt die zur Verwendung von Auslandbriefen zu benutzenden Briefmarken à 5 M. mit dem Bild Wilhelms II. zu verkaufen! Man kann sich den „Erfolg“ denken, den wir mit diesen Marken im Ausland haben werden. Soll man sich dann wundern, daß die Druckerei der „Sraffundischen Zeitung“ nach jetzt durch Annonce (am 30. März 1921 in Nr. 73) sich als „Königliche Regierungsdruckerei“ empfiehlt? Sehr hübsch ist auch ein anscheinend älteres „Wertblatt“ für die Eltern der Kinder und die ländlichen Hauswirtschaftsvorstände betreffend Unfall- und Haftpflichtversicherung bei Aufnahme von Kindern der städtischen und Industriebevölkerung in ländlichen Familien, das nach vor wenigen Tagen, von der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft übersandt, auf dem Gemeindevorstand eines Berliner Vorortes einging. Darin wird der „Verein Landauenthal für Stadtkinder“ noch als unter der Schirmherrschaft Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin stehend bezeichnet!

Geschichte der Menschheit. Im Rahmen der Vorträge an der Humboldt-Hochschule behandelt Studienleiter Dr. Kauffmann in Frühjahr Einführung von Staat, Wirtschaft und Kultur des Mittelalters und die sich daraus ergebenden Lehren für die Gegenwart. Donnerstags 6½—8½, Dorotheenstr. 12, Beginn 14. April.

Für den „Weiteren Molenabend“ des Nüthenberger Städtischen Volkshauses (Mittwoch, 6. April, abends 7½ Uhr, im Reichshaus am der Vorlaue) sind noch Karten zu 3,50 M. (einschl. Garderobe und Bettel) und zu 2 M. für Abonnementsmitglieder u. a. in den Vorkaufsstellen, Gartenbergr. 2 und Vogelhöfenstr. 62, und an der Abendstube erhältlich. Hermann Boettcher (Staats-Schulspielhaus), Griefbe Dorp, Gustav Berner, Erich Engel (Charlottenburger Opernhaus), Binjamin Calesia Burgstaller.

Der nächste Sonntag auf der Olympia-Radrennbahn am 10. April steht im Zeichen der Dauerfahrt. Es werden nicht weniger als 10 Räder hinter Rotoren tätig sein. Im Großen Germania-Preis über 90 Kilometer in zwei Rufen von 30 und 60 Kilometer: Karl Seidow, der Breslauer Paul Thomas, der Frankfurter Jean Weik, sowie der Reformmann Walter Sawal und der Leipziger Ubert. Im Zukunftspreis, im Dauerrennen über 40 Kilometer in zwei Rufen von 15 und 25 Kilometer, hatten der Schöneberger Bill Lehmer, der Krammteufel Schaeffle, der Strochmüllerfahrer Gella, der Holländer van Lorum und der Berliner Kauflet, der auf der Olympiabahn den 15-Kilometer-Berlauf hält. Den Riegern ist ein Rekrutieren über 15 Stunden und ein Vorkaufstagen über 2000 Meter reserviert.

Vand beimattreuer Ueberreuen. Bezirksgruppe Nordwest, Donnerstag, den 7. April 1921, abends 8 Uhr, im Stadttheater Moabit, Alt-Weand 47/48 (kleiner Saal): Mitgliederversammlung.

Reichsbund der Kriegesbeschädigten. Bezirk 4 (Staden). Mittwoch, den 6. April, abends 7½ Uhr, in Güllings Ballhaus, Wassertorstr. 62.

Gewerkschaftsbewegung

Der englische Kiesenstreik.

Regierungsmassnahmen gegen die Arbeiter.

In Verbindung mit dem Bergarbeiterstreik wird eine Reihe drastischer Massnahmen von äusserster Tragweite amtlich veröffentlicht, die der Regierung die Macht gibt, über Land, Kohle, Bergwerke, Pferde, Fahrzeuge, elektrische Bahnen, Kleinbahnen, Kanäle, Nahrungsmittel, Futtermittel zu verfügen, den Transport auf den Strassen zu regeln, den Transport irgendwelcher Güter zu beschränken oder gänzlich zu verbieten, den Verkehr in allen Teilen Englands den Kauf, Verkauf und den Besitz von Schusswaffen zu verbieten, die Veranstaltung von Versammlungen und Umzügen zu untersagen, und die Angehörigen der Wehrmacht zu jedem lebenswichtigen Dienste zu verwenden. Die Massnahmen geben weiter der Polizei das Recht, ohne richterliche Vollmacht Durchsuchungen und Verhaftungen vorzunehmen. Uebertretungen dieser Verordnungen werden mit Zwangsarbeit bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu hundert Pfund Sterling bestraft.

Auch die Eisenbahner zum Streik bereit.

Die Berichte, die über den Kohlenstreik aus dem ganzen Lande einlaufen, besagen, daß die Eisenbahner bereit sind, sich den Bergarbeitern zur Herbeiführung eines Generalstreiks anzuschließen, um es scheinen wenig Zweifel zu bestehen, daß sich die Versammlung der Eisenbahnbelegierten am Mittwoch für eine volle Unterstützung der Bergarbeiter erklären wird. Das Land steht daher vor der größten industriellen Erschütterung in seiner Geschichte, insbesondere, wenn die Transportarbeiter, was höchst wahrscheinlich der Fall sein wird, ebenfalls gemeinsame Sache mit ihren Verbündeten im Arbeiterdreibund machen. Die Regierung der Eisenbahner zum Streik ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sie einen ähnlichen Schritt zur Herabsetzung ihrer Röhne voraussehen, wenn die Regierungskontrolle über die Bahnen ausfällt, was im August der Fall sein wird. Die Eisenbahner sind daher der Ansicht, es sei besser, jetzt gemeinsam mit den Bergarbeitern zu streiken als später. Inzwischen verhilft sich die Kohlenlage dauernd.

Die Dodarbeiter für Verhandlungen.

Auf einer Versammlung des Dodarbeiterverbandes erklärte der Arbeiterführer Ben Tillet, bevor eine Sympathieaktion für die Bergarbeiter unternommen werden würde, müßten alle Anstrengungen gemacht werden, um alle in Betracht kommenden Parteien wieder zusammenzubringen und die Verhandlungen neu zu eröffnen. Der Volksgewalt der Dodarbeiter beschloß, wie verlautet, feierlich überstürzte Aktion zu unternehmen, solange der Gegenstand des Streiks nicht vollkommen deutlich sei. Henderson sprach sich in gleichem Sinne wie Ben Tillet aus.

Zum Streik im Tiefbaugewerbe.

Der Zustand der Arbeitnehmerschaft des Tiefbaugewerbes hat sich an Umfang zugenommen, die Zahl der durch den Streik stillgelegten Betriebe hat sich vergrößert. Bevor sich der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin mit dieser Lohnbewegung beschäftigen wird, sollen zunächst direkte Verhandlungen zwischen den Streikenden und den Unternehmern des Tiefbaugewerbes in die Wege geleitet werden, die voraussichtlich am kommenden Montag beginnen werden.

Die Wahlen im Malerverbande.

Der Verband der Maler (Hilfskassen Berlin) hielt am Montag seine Generalversammlung im Lehrervereinshaus ab. Der Bericht über das verfloffene Geschäftsjahr wurde vom Vorhenden Böger erstattet. Redner schloß mit der Bitte, daß die Kollegen sich mehr an die gewerkschaftliche Tätigkeit halten, ihre politischen Anschauungen dagegen mehr in den politischen Organisationen zum Ausdruck bringen möchten, damit der Gewerkschaft die Geschlossenheit erhalten bleibe. (Lebhafte Beifall.) Zu einer sehr erregten und umfangreichen Aussprache führte ein von kommunistischer Seite gestellter Antrag, die Hausstoffer abzuschießen. Von einem Redner wurde die Vermutung ausgesprochen, daß dieser Antrag wohl als „Sprengstoff“ dienen solle. Schließlich wurde die Beschlussfassung hierüber vertagt. — Für die Vorstandswahlen lag eine von den SPD- und SPD-Vertrauensleuten gemeinschaftlich aufgestellte Liste vor, andererseits hatten auch die Kommunisten eine Liste eingereicht. Vor Eintritt in die Wahlhandlung kam es zu langen Geschäftsordnungsdebatten, die sich bis in die zwölfte Stunde hinzogen. Der bisherige Vorhende Karl Böger wurde mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Die anderen Wahlen mußten der vergerückten Zeit wegen vertagt werden.

Unternehmerpraktiken bei Regierungsbauten.

Auf dem Fehrbelliner Weg führt die Union N. O. das neuerrichtete Gebäude der Reichsversicherungsanstalt aus. Anstatt gewisse vertragliche Bedingungen zu stellen, die eine sichere Bauausführung gewährleisten, scheinen bei diesem Regierungsbauprivatkapitalistische Unternehmerinteressen die Hauptrolle zu spielen.

Es ist im Baugewerbe üblich, daß die Einstellung sämtlicher Arbeiterkategorien durch die Voller erfolgt. Die Ausübung dieser Tätigkeit, das sogenannte Einstellungsrecht, hatte man aus bestimmten Gründen dem Betriebsrat N. übertragen. Man legte nicht etwa Wert darauf, daß die benötigten Arbeitskräfte der Reihenfolge nach durch den Arbeitsnachweis bezogen wurden, sondern Leute, die als verdächtige Akkordarbeiter bekannt sind, hatten den Vorrang. Die Organisation sah sich daher — auch selbst auf die Gefahr hin, daß sich der Kampf nicht nur gegen die Firma, sondern gegen die eigenen Kollegen richte — genötigt, die Schlichtungskommission des Gemeindefrats in Anspruch zu nehmen. Vom Bauführer sowie vom Betriebsrat wurde mit aller Entschiedenheit bestritten, daß im Akkord gearbeitet wird. Inzwischen hatte die Organisation durch ihre Gewährsmänner in Erfahrung gebracht, daß die Maurer durch ihre Väterei einen Stundenlohn von 14,25 Mark verdient hatten. Am nun nicht von vornherein den Verdacht aufkommen zu lassen, daß Akkord gearbeitet wird, erhielten die Beteiligten den tarifmäßigen Stundenlohn gesondert. Der Rest des Verdienstes, der sogenannte Ueberschuss, wurde anschließend in einem besonderen Kasse ausgezahlt. Von all den Vorgängen wollte selbst dem Bauführer nichts bekannt sein. Der Betriebsrat erklärte sogar, daß er unter Eid aussagen könne, daß im Lohn gearbeitet wird.

Daß derartige Arbeitsmethoden, Hintergehungen und Durchstechereien — wie sie auf der Baustelle Fehrbelliner Weg betrieben wurden — kein Geheimnis der Firma und des Akkordhählers bleiben konnten, war vorauszusetzen. Besonders auf dem Arbeitsnachweis in der Vormannschaft wurde lebhaft diskutiert, welche Kampfmittel hier anzuwenden seien. Anfangs solcher Dinge mußte man bestimmt damit rechnen, daß es eines Tages — ohne daß die Organisation es verhindern konnte — zu Zusammenstößen kommen würde. Eines Tages stellten dann auch etwa 300 Arbeitslose den dort Beschäftigten einen Besuch ab. Erst jetzt gestanden die beschäftigten Maurer ein, daß die Arbeiter in Akkord ausgeführt werden. Die Baustelle wurde also — ausschließlich der übrigen Lohnarbeiter — unter dem Druck der Arbeitslosen stillgelegt. Anschließend hat die Schlichtungskommission erneut verhandelt. Der Betriebsrat, der Bauführer sowie Direktor Reiting von der Union mochten der Sitzung bei.

Demnach nun die auf der Baustelle Beschäftigten eingestanden hatten, daß Akkord gearbeitet wird und die Organisation nachträglich auch in Erfahrung gebracht hatte, daß ein regelrechter Akkordvertrag vorliegt, wurde seitens der Unternehmerorganisation immer noch eingewandt, daß keine typischen Merkmale vorliegen, die die Akkordarbeit bezeugen. Das Ergebnis der Schlichtungskommission war nachfolgende Erklärung der Arbeitgeberseite beifolgend:

Die Arbeitgeberseite der Schlichtungskommission stehen auf dem Standpunkt, daß das Verhalten aller Beteiligten in dem vorliegenden Streitfall gegen die guten Sitten verstößt, wegen der Heimlichkeit, mit welcher die Auszahlungen vor sich gegangen sind und daß nicht jedem der dort beschäftigten Arbeitnehmer von vornherein gesagt worden ist, welches System der Entlohnung, ob Prämien-, Akkord- oder Lohnsystem zur Anwendung gelangt.

Weiterhin ist bemerklich, daß die Mitglieder der Schlichtungskommission durch die Unwahrhaftigkeit über die Darstellung der Verhältnisse im Unklaren gelassen wurden.

Erst in einer späteren Verhandlung gab schließlich Herr Baummeister Hirte als Firmenvertreter im Beisein der Unternehmervertreter zu, daß bisher im Akkord gearbeitet worden ist und versicherte, daß vom 30. März ab der tarifmäßige Zustand wieder hergestellt ist.

Im Hinblick auf die im Berliner Baugewerbe herrschende Arbeitslosigkeit sind derartige Vorkommnisse geradezu unverantwortlich. Die Berliner Bauarbeiter sind sich dessen bewußt, daß die Akkordarbeit ungleich mehr als jede andere Lohnarbeit dazu beitragen, die Solidarität der Arbeiter hintanzuhalten, das Heer der Arbeitslosen zu vermehren und die Gesundheit des Arbeiters zu schädigen. Es ist wünschenswert, daß sich die bauleitende Behörde mehr als bisher um diese Baustelle kümmert, damit derartige Arbeitsmethoden nicht erneut Platz greifen.

Sabotage der Gesehe.

Heute noch, aber ein Jahr nach Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes, kann bei der Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz zu Bonn, deren Vorsitzender „Ujellens“ Staatsminister Dr. Freiherr von Schorlemer-Lieser ist, die gesetzliche Betriebsvertretung ihr Amt nicht ausüben, weil es den hochmögenden Herren dieser Kammer nicht gefällt. Nachdem die Kammer erst durch Spruch des Schlichtungsausschusses gezwungen worden war, die Übernahme der Wahl zu veranlassen, legte sie nach vollzogener Wahl beim Schlichtungsausschuss dagegen Einspruch ein, weil angeblich Nebenbetriebe mitgemählt haben, die als wissenschaftliche Betriebe nach § 67 des Gesetzes diesem nicht unterliegen. Die Schlichtungsausschuss zu Bonn verworfen diesen Einspruch und erklärte die Wahl für gültig. Trotzdem verweigert die Landwirtschaftskammer noch immer dem gewählten Betriebsrat die Anerkennung, so daß der Zentralverband der Angestellten die Verbindlichkeitsklärung beantragen mußte. Hoffentlich zeigt der zuständige Regierungspräsident den „Ujellens“, daß auch Landwirtschaftskammern die Gesehe beachten müssen, die zum Schutze der Angestellten und Arbeiter erlassen sind. Der Betrieb beschäftigt 67 Angestellte und 10 Arbeiter, die wegen der ergreifenden Bemühung der leitenden Personen der Kammer noch immer ohne gesetzliche Betriebsvertretung sind.

Zentralverband der Angestellten. Die für Mittwoch, den 6. April, anberaumten Versammlungen finden wegen der zu erwartenden Betriebs- und Lichtstörungen nicht statt.

Deutscher Bauarbeiterverband. Fachgruppe Chemie. Morgen in Hannover Versammlung, Raum Friedrichstr. 25. Generalversammlung. — Fachgruppe 30. Gesamtarbeiterverband. Karlsruher- und Lagerbau. Versammlung Donnerstag, abends 7 Uhr, im „Schulhaus“, Altes Jakobstraße.

Betriebsräte der Metallindustrie. Die für Mittwoch, den 6. April, abends 6 Uhr, in der Buchbinder- und Buchdruckerei, angelegte Gruppenversammlung der Betriebsräte und Obmänner der Metallindustrie findet infolge der Demonstration nicht statt. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Bezirksbezirk Groß-Berlin.

Aus aller Welt.

Grubenunglück in Frankreich. Nach einer „Matin“-Meldung aus Vorzeile sind in einer Kohlengrube in Frely in der Gemeinde Robiac im Departement Gard 14 Bergleute durch schlagende Wetter getötet worden.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Meier, Berlin. Verlag: Schmidt-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Schmidt-Verlag u. Buchdruckerei Carl Singer u. Co., Berlin, Unter den Linden 12.

Jung hübsch und schick
sind Sie in einem Hut aus
Ecksteins Hutfabrik
Ludwigstr. 38, Ecke Chausseestr. 1 Treppe.
Elegante Modelle, Hutformen,
Schleier, Borten sowie sämtl. Zutaten.
Hüte werden nach neuesten Formen
in bekanntester Ausführung
umgepreßt.

Pianos
gebaut, neue, Auswahl
Ecksteins billige Ge-
legenheitspianos.
Pianofabrik Neufindt
Alexanderstr. 37
Königsplatz-Unterstadt

Kaufe
laute Cello - Dynamis
und Hüberlanddröhre, so-
wie Instrumentalmaterial.
Elektrotechnik Zentrum
Groszer, Berlin, Rungelstr. 18
Alexanderstr. 47/2.

Offene Füße
Strampfergürtel, auch ver-
altete, schmerzhaften Wunden, Ein-
schlingung mit unzerstörlichem
Jucken heilt ohne Nachteil laut
viel. Erfolgsberichte die milde
u. wohltuende „Orellin“-Salbe.
14,50 M. u. 8,00 M.
Otto Weigel,
Berlin 41, 50, Eisenbahnstr. 4.

Alte Hüte
werden neu umgepreßt.
Damenhüte um 16.- M.
Spez. Herrenhüte 16.- M.
l. Krüger, Siegfried-
straße 23/26,
am Bahnhof Hermannstr.

Ihre Damen- und Herrenhüte
werden in bekannter tadelloser Ausführung nach den vor-
nehmsten Modellen umgepreßt und umgepreßt. Keine
Einfachheiten zu Fabrikpreisen nur in der Spezialfabrik
Georg Erdmann, Stroh- und Filzhutfabrik
Schönhäuser Allee 116
Telefon: Reinholdenbr. Str. 22, Reinholden, Hermannstr. 24-27

Wer! garantiert für guten Sitz und Verarbeitung!
Großes Stofflager
Max Motel, Schneiderstr., Neustädter
Kingsplatz, 33. Tel. 909.
Viele Anerkennungen und Dankbriefe.

Stoffe
Herrn- Damen- Anzug- und Paletotstoffe, Kostüm- und Unterstoffe
Meter 30.-, 100.-, 150.-, 200.- Mark.
Ihre langjährige Verbindungen mit allerbekanntesten
Schneidern haben für preiswerte, gute Qualität
Sonn- 1897 Tuch-Lager (Ges. 1897)
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertrudenstr. 20-21.

WEBER

Zur Einschulung!

Schulhefte, alle Linaturen, 10 Stück M. 9⁰⁰ mit Lösblatt
Schulfedern Duzend 75 Pfg., Federhalter aus 50 Pfg.
Schieferlatten, Schieferliste, Bleistiftspitzer, Federbüchsen
Federkasten, Schüler-Stuhl mit Füllung von M. 3⁰⁰ an
Reißbretter, Reißschiene, Winkel besonders preiswert
Reißzeuge und Zirkelkästen von M. 4⁰⁰ bis 335⁰⁰ an
Zuschlüssen für den Schulgedruck von M. 3⁰⁰ an
Passelkreidelkästen, Günther Wagner, von M. 1⁰⁰ an
Zeichenblock, Skizzenbücher von M. 1⁰⁰ an
Kolleghefte mit Buchstuckdeckel Stück M. 2⁰⁰

Zeugnismappen, Ordnungsmappen, Kolleg- und
Altenmappen in reichhaltiger Auswahl

Hermann A. Weber
Charlottenburg
Berliner Straße 124
gegenüb. dem Rathaus

Die
Mary'sche
Geschichts- /
Gesellschafts- u.
Staatstheorie
Von Prof. Heinrich Cunow
Zwei voneinander, starke Halbleinbände
Eine auf die neueste Forschung gegründete
großzügige marxistische Soziologie
wie sie bisher in der Literatur
gänzlich fehlte!
Der erste Band liegt bereits vor, der
zweite folgt in den nächsten Monaten
Preis des ersten Bandes
in Halb-einen gebunden M. 42,50
und Gerlinthausbuchlag

Bestellchein
Ich bestelle hiermit — Exempl.
Cunow: Die Mary'sche Geschichts-, Gesell-
schafts- und Staatstheorie / 2 Halblein-
bände / Preis für den 1. Band M. 42,50
+ 20%.

[Raumzahl]
[Konto]
Diesen Bestellchein ein-
füren wir anzuwenden und ausgefüllt
sowie unterschrieben im Druckmaschinen-
ausgeben an:
Buchhandlung Vorwärts
Berlin S.W. 68, Lindenstr. 2

Der Weg zum Erfolg
Ist nicht zu finden, wenn man ohne
Störungen arbeiten kann und nicht
an Kopfschmerzen oder Drücken
über den Augen, Nervosität oder
Plinkern vor den Augen leidet. — In den meisten Fällen hebt ein sorgfältig angepasstes Augenglas alle diese Beschwerden,
deshalb scheut niemand, der an diesen Erscheinungen leidet, die kleine Mühe, die Augen untersuchen zu lassen bei
Optikermeister Max Trusch, staatlich geprüft, Berlin SO, Dresdener Straße 131 (Kottbuser
Tor).
Ihre Sehkraft wird gewissenhaft und vollständig kostenlos geprüft. Garantie für gut passende Augengläser. Flache
Gläser M. 2.— pro Paar, stark gewölbte (Menschen-) Gläser M. 18.— pro Paar, Double-Kraiser M. 10.—, 12,50, 18,50,
Nicker-Kraiser M. 6.—, 8.—

Schlechtsitzende Korsette
werden nach jeder Figur, passend unter
Garantie, tadelloso umgearbeitet
Reparaturen, Änderungen u. Korsettwäsche
jeglicher Art übernimmt u. führt buchst. preiswert aus
Korsettfabrik Richard Nedde
1. Geschäft: Berlin - Karlshorst, Trechow-Allee 83
2. Geschäft: Berlin - Lichtenberg, Neuo Bahnhofstr. 30
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23
Ecke Alte Jakobstraße 124B